



E3G

BERICHT Dezember 2020

ENERGIEDIPLOMATIE JENSEITS VON PIPELINES: CHANCEN UND RISIKEN

PIETER DE POUS, LISA FISCHER & FELIX HEILMANN





E3G

Über E3G

E3G ist ein unabhängiger Think-Tank für Klima- und Energiepolitik, der sich zum Ziel gesetzt hat, den Übergang zu einer klimaneutralen Welt zu beschleunigen. E3G geht sektorübergreifende Koalitionen ein, um sorgsam ausgearbeitete Ergebnisse zu erreichen, die den Klimawandel voranbringen.

E3G arbeitet eng mit Partnern in Regierungen, Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Medien und gemeinnützigen Stiftungen zusammen.

www.e3g.org

Berlin

Neue Promenade 6
10178 Berlin
Deutschland
+49 (0)30 2887 3405

Brüssel

Rue du Commerce 124
Brüssel, 1000
Belgien
+32 (0)2 5800 737

London

47 Great Guildford Street
London SE1 0ES
Vereinigtes Königreich
+44 (0)20 7593 2020

Washington

2101 L St NW
Suite 400
Washington DC, 20037
USA
+1 202 466 0573

© E3G 2020

Copyright

Dieses Dokument wird unter der „Creative Commons Attribution-NonCommercial-ShareAlike 2.0“-Lizenz verfasst.

Es steht Ihnen frei:

- > das Werk zu kopieren, zu verteilen und darzustellen.
- > davon abgeleitete Arbeiten zu erstellen.

Dies jedoch unter den folgenden Bedingungen:

- > Sie müssen das Werk in der vom Autor oder Lizenzgeber angegebenen Weise zitieren.
- > Sie dürfen dieses Werk nicht für kommerzielle Zwecke verwenden.
- > Wenn Sie dieses Werk verändern, umwandeln oder weiterverwenden, dürfen Sie das daraus resultierende Werk nur im Rahmen einer identischen Lizenz weitergeben.
- > Für jede Weiterverwendung oder Verbreitung müssen Sie die Lizenzbedingungen dieses Werks deutlich machen.
- > Mit dem Einverständnis des Inhabers der Urheberrechte darf/dürfen eine oder mehrere dieser Bedingungen aufgehoben werden.

Die vorstehenden Bedingungen berühren in keiner Weise Ihre „Fair Use“- oder sonstige Ihnen zustehende Rechte.



Titelbild

Photo durch qimono auf Pixaby



E3G

BERICHT Dezember 2020

ENERGIEDIPLOMATIE JENSEITS VON PIPELINES: DIE CHANCEN UND RISIKEN

PIETER DE POUS, FELIX HEILMANN & LISA FISCHER



E3G

Danksagung

Dieses Projekt wurde im Rahmen des LIFE-Programms von der Europäischen Kommission gefördert. Der vorliegende Bericht spiegelt ausschließlich die Sichtweise der Autoren wider. Die Europäische Kommission übernimmt keine Haftung für die Nutzung der hierin enthaltenen Informationen.



Ein besonderer Dank geht an Nick Mabey, Jennifer Tollmann, Brick Medak, Luca Bergamaschi, Ronan Palmer, Jonathan Gaventa, Tom Burke, Alexander Reitzenstein und Manon Dufour von E3G dafür, dass sie den Entwurf des vorliegenden Dokuments durch ihre wertvollen Einblicke, Kommentare und Bemerkungen bereichert haben. Wir danken zudem Julian Popov von der European Climate Foundation (ECF), Prof. Dr. Andreas Goldthau (Universität von Erfurt) und Rafaele Piria (Adelphi).



E3G

Inhaltsverzeichnis

Über E3G	2
Copyright	2
Danksagung.....	4
Inhaltsverzeichnis	5
Zusammenfassung	6
Einführung	10
<i>Konsequente Klimapolitik stellt Paradigmen der Energiediplomatie in Frage</i>	10
<i>Der Klimawandel beeinflusst Geopolitik und internationale Sicherheit</i>	13
Energiediplomatische Ansätze und ihre Auswirkungen	14
<i>Entscheidende Parameter für energiediplomatische Zusammenarbeit</i>	14
<i>Auswirkungen auf ein sich veränderndes multilaterales System</i>	17
<i>Auswirkungen auf die Position Deutschlands in einer klimafreundlichen Weltwirtschaft</i>	22
<i>Auswirkungen auf die Stabilität in der EU und ihren Nachbarländern.....</i>	28
Drei Schritte in Richtung einer aktiven und anpassungsfähigen Energiediplomatie.....	33
<i>Entwicklung institutioneller Kapazitäten.....</i>	33
<i>Gründung neuer Energiebündnisse.....</i>	34
<i>Strategischer Einsatz staatlicher Gelder und öffentlicher Instrumente.....</i>	35



E3G

Zusammenfassung

Mit ihrem Bekenntnis zu einer „geopolitischen“ Kommission hat EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Erwartungen geweckt.¹ Dies zeigt sich auch daran, dass in den Mitgliedstaaten als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie und die geopolitischen Entwicklungen Rufe nach einer verstärkten Sicherstellung einer europäischen „offenen strategischen Autonomie“ laut werden.² Auch wenn einzelne EU-Staaten unterschiedliche Ansichten zur Frage haben, was eine solche Autonomie mit sich bringt, eint sie doch der Wunsch, eine selbstbewusstere und gemeinsame Außenpolitik zu entwickeln und strategische Lieferketten zu schützen. Damit dies gelingt, muss die Union ihr diplomatisches Kapital jedoch sehr viel besser für ihre wichtigsten strategischen Interessen, wie den europäischen *Green Deal*, bündeln und einsetzen.

Energiediplomatie ist ein Kernelement der EU-Außenbeziehungen, sei es in hochrangigen Energiedialogen, in der öffentlichen Finanzierung von Infrastrukturprojekten oder auch im konkreten Engagement in EU-Nachbarländern. Es ist aber auch ein Bereich, der einen grundlegenden Wandel durchlaufen muss, wenn er den strategischen Kerninteressen der Staatengemeinschaft weiter dienen soll. Der europäische *Green Deal* sieht unter anderem vor, dass Europa bis 2050 Klimaneutralität erreichen muss und höchstwahrscheinlich die CO₂-Emissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent (im Vergleich zu 1990) senken muss. Dies hat weit reichende Folgen auf den EU-weiten Verbrauch an fossilen Energieträgern, insbesondere Erdgas, und damit auch darauf, wie sich die Union in Sachen Energie und Diplomatie gegenüber dem Rest der Welt positioniert.

Deutschland fällt als größtem Gasverbraucher der EU und wichtigem Transitland hierbei eine wichtige Rolle zu, da das Land als Wegbereiter für kohlenstoffarme Technologien und Exporte gilt. Weiterhin verfügt es über bedeutende diplomatische und finanzielle Mittel, die zu einem gerechten Übergang zu einer klimafreundlichen Weltwirtschaft beitragen können. Das Land hat auch ein Interesse an einer funktionierenden Europäischen Union, die Deutschlands wirtschaftliches und politisches Gewicht auf der Weltbühne potenziert. Deutschland fungiert auch in der Klima- und Energiepolitik als eine Brücke zwischen den östlichen und den westlichen EU-Mitgliedstaaten. Doch mit Energieinfrastrukturprojekten wie *Nord Stream 2* hat es die Spaltung in der Union vertieft und Konflikte zwischen Brüssel, Berlin und anderen Hauptstädten der europäischen Mitgliedstaaten verschärft.

¹ Politico, 4. Dezember 2020: : [Meet von der Leyen's 'Geopolitical Commission'](#) [Vorstellung der „geopolitischen Kommission“ von Ursula von der Leyen]

² Rede des Kommissars Phil Hogan zum Startschuss der öffentlichen Konsultation zur Überprüfung der EU-Handelspolitik am 16. Juni 2020, Text (in englischer Sprache) [hier](#) verfügbar



E3G

Deutschland muss nun einen energiediplomatischen Ansatz finden, der sich den jüngsten geopolitischen Entwicklungen anpasst, auf einer besseren Kooperation mit EU-Partnern basiert und voll auf den *Green Deal* ausgerichtet ist. Der gewählte Ansatz wird dabei einerseits durch die Geschwindigkeit, in der die Neuausrichtung erfolgt, und andererseits durch das Ausmaß der Kooperation im geopolitischen Umfeld beeinflusst. Je nach Kombination dieser Faktoren ergeben sich unterschiedliche Chancen und Risiken für das globale multilaterale System, die internationale Stabilität und Deutschlands Position in einer klimafreundlichen Weltwirtschaft.

In diesem Bericht werden vier mögliche Szenarien für eine künftige, auf den *Green Deal* abgestimmte Energiediplomatie sowie die damit verbundenen Chancen und Risiken näher vorgestellt.



Im Folgenden werden wir auf zwei gegensätzliche der insgesamt vier Szenarien näher eingehen. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die mit einem „schnellen & kooperativen“ Ansatz verbundenen Chancen aus dem rasanten Wachstum der Märkte für saubere Energien ergeben, während Risiken daraus resultieren, dass sich die Beziehungen zu den Exporteuren fossiler Brennstoffe bereits früh im Prozess ändern. Bei einem „langsamen & kompetitiven“ Szenario ergeben sich Chancen daraus, dass Deutschland als Käufer fossiler Brennstoffe in einem wettbewerbsorientierten geopolitischen Umfeld Einfluss auf politische Entwicklungen nehmen kann; jedoch muss Deutschland die gewonnene Zeit nutzen, um sich auf das Risiko vorzubereiten, das sich aus einer späteren und



E3G

damit auch schneller durchzuführenden Energiewende ergibt. Dieses Risiko verschärft sich noch durch die Folgen des Klimawandels, die aus der verzögerten Verringerung der CO₂-Emissionen resultieren, und dadurch, dass Deutschland in seiner Rolle als Klimaschutzvorreiter bei dem Szenario an Glaubwürdigkeit einbüßt.

Will Deutschland eine belastbare und alternative Energiediplomatie aufbauen, mit der sich diese Szenarien erfolgreich meistern lassen und die den *Green Deal* unterstützt, muss das Land in enger Absprache mit der EU die folgenden drei Maßnahmen ergreifen:

1. **Anerkennung der Energiediplomatie als zentrale Säule des europäischen *Green Deal* und Aufbau diplomatischer Kapazitäten im Bereich erneuerbare Energien auf nationaler sowie auf EU-Ebene.** Diese sollte unter anderem dafür sorgen, dass Risiken für Energie- und Klimasicherheit gemeinsam abgewogen werden und Prioritäten für Partnerschaften auf diesen integrierten Ansatz aufbauen. Diese Analyse dient der Entwicklung strategischer Lieferketten für grüne Technologien und sollte von einem, in die bestehende Strukturen des Auswärtigen Amt eingebetteten, Netzwerk von Klima- und Energiediplomaten begleitet werden.
2. **Entwicklung belastbarer Energiepartnerschaften zur Überwindung von Ungleichheit im Bereich klimaschützender Technologien:** Die Kooperation zwischen Deutschland und seinen Partnern im Bereich fossile Energieträger muss mit den Notwendigkeiten der Transformation zu Klimaneutralität vereinbart werden, was einen ausgewogenen Umgang mit Anreize und Anforderungen erfordert. So muss beispielsweise die Einführung eines CO₂-Grenzausgleichs oder besserer Alternativen, wie Produktstandards, mit einem breiter angelegten Politikpaket, das Handelspartner bei der Einhaltung der Anforderungen einer umweltfreundlicheren Fertigung unterstützt, sowie mit gezielten Infrastrukturinvestitionen und der Abschaffung von Zöllen für kohlenstoffarme Technologien einhergehen. Es wird außerdem nötig sein, alle geplanten Infrastrukturprojekte für fossile Energieträger noch einmal grundsätzlich auf ihre Notwendigkeit und Vereinbarkeit mit Klimazielen hin zu überprüfen. Ebenso wichtig ist der Aufbau neuer Energiepartnerschaften mit Ländern, die beispielsweise über ein hohes Potenzial für erneuerbare Energien oder sonstige wichtige Ressourcen verfügen, um so strategische Lieferketten und Märkte für eine klimafreundliche Wirtschaft aufzubauen und aufrechtzuerhalten.
3. **Strategischer Einsatz staatlicher Finanzierung für eine geordnete Energiewende und zur Öffnung klimafreundlicher Energiemärkte:** Deutschland sollte in enger Abstimmung mit seinen europäischen Partnern einen klaren Zeitplan für die schrittweise Abschaffung der Förderung fossiler Brennstoffe durch multilaterale und bilaterale Entwicklungsbanken und



E3G

Exportkreditagenturen mit EU-Beteiligungen erarbeiten und gleichzeitig einen Plan zur vermehrten Förderung sauberer Energien aufstellen.



E3G

Einführung

Konsequente Klimapolitik stellt Paradigmen der Energiediplomatie in Frage

Ende 2019 haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU darauf verständigt, bis 2050 das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen.³ Vor diesem Hintergrund haben die führenden europäischen Politiker im Juni 2020 vereinbart, die Klimaziele, die sich die Union bis 2030 gesetzt hat, bis Ende 2020 anzuheben, wobei sich die Mehrheit für eine Verringerung der Treibhausgasemissionen um mindestens 55 Prozent aussprach. Diese Klimaziele werden im Jahr 2021 überarbeitet und haben erhebliche Auswirkungen auf die zukünftige Entwicklung des Energiesystems der EU.

Eine der weitreichendsten anstehenden Entscheidungen betrifft den zukünftigen Umgang mit der bestehenden Abhängigkeit von fossilem Gas für eine Vielzahl von Aktivitäten. In den Klimaneutralitäts-Szenarien der Europäischen Kommission sinkt der Anteil von fossilem Gas am Energieverbrauch von derzeit etwa 24 Prozent auf 4 Prozent im Jahr 2050 sinken⁴ (siehe Abbildung 1). Da etwa ein Viertel⁵ des Gasverbrauchs der EU allein Deutschland zuzuschreiben ist, kommt dem Land bei der Realisierung dieses Pfades eine zentrale Rolle zu.

Derzeit decken Importe fossiler Energieträger mehr als 58 Prozent⁶ des Energiebedarfs der EU, bei jährlichen Kosten von 330 Mrd. Euro (Stand: 2018)⁷. Aufgrund der angestrebten Transformation des Energiesystems wird es deutliche Veränderungen in den bilateralen Beziehungen zu Energieversorgern und Transitländern, in Finanzflüssen und in der geopolitischen Positionierung, geben.

³ Die Europäische Kommission hat angeregt, dieses Klimaschutzziel im Entwurf des EU-Klimagesetzes 2020, das bis Ende 2020 unter der deutschen Ratspräsidentschaft verabschiedet werden soll, niederzuschreiben.

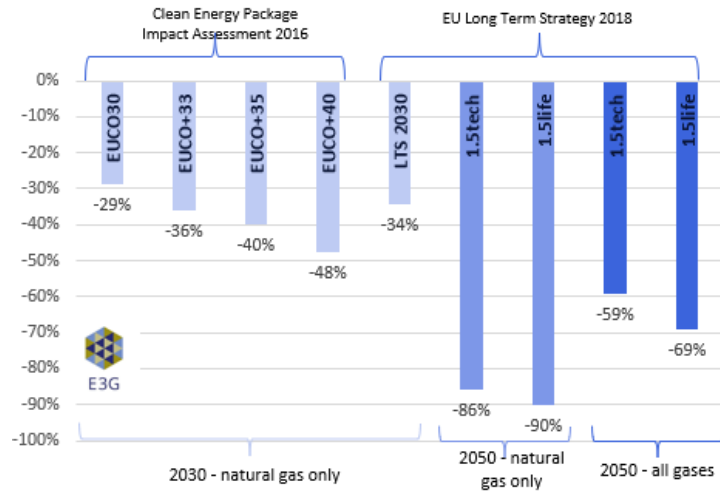
⁴ Europäische Kommission (2018): *In-depth analysis in support of the Commission Communication {COM(2018) 773}* [Eingehende Analyse zur Untermauerung der Mitteilung der Kommission]

⁵ Eurostat (2020): *Natural Gas Supply Statistics* [Statistiken zur Erdgasversorgung]

⁶ Europäische Kommission (2020): *Report on progress of clean energy competitiveness* {SWD(2020)953final} [Fortschrittsbericht zur Wettbewerbsfähigkeit im Bereich saubere Energien]

⁷ Europäische Kommission (2020): *Bericht zur Lage der Energieunion {COM(2020) 950 final}*

Abbildung 1: EU-Szenarien für den zukünftigen Gasverbrauch im Vergleich zu 2019⁸



Neben strengeren Klimaschutzzielen und einer anhängigen Reform der EU-Energieinfrastrukturverordnung sorgen Marktentwicklungen bereits jetzt dafür, dass Gas in Schlüsselsektoren schrittweise ersetzt wird. So verbucht der Verkauf von Wärmepumpen in Deutschland nach einem zunächst schleppenden Start einen seit 2015 anhaltenden Aufwärtstrend – mit Marktwachstumsraten von 14 Prozent (2016) bzw. 15 Prozent (2017).⁹ Eine Studie der Deutschen Energie-Agentur (dena) geht davon aus, dass der Gasverbrauch im Gebäudesektor von 396 TWh im Jahr 2015 je nach zugrunde gelegtem Szenario bis 2050 auf bis zu 18 TWh sinken könnte. Die Anzahl der Wärmepumpen könnte so von derzeit etwas unter 1 Mio. auf bis zu 16,7 Mio. Einheiten steigen.¹⁰ Bei Beibehaltung der aktuellen Marktwachstumsrate von 15 Prozent könnten die für die dena-Szenarien 2050 prognostizierten Ergebnisse bereits zwischen 2034 und 2040 erreicht werden.

⁸ Basierend auf Daten zur EU-Folgenabschätzung des „Clean Energy Package“ und zur bis 2050 angedachten langfristigen Klimastrategie mit dem Titel „Ein sauberer Planet für alle“.

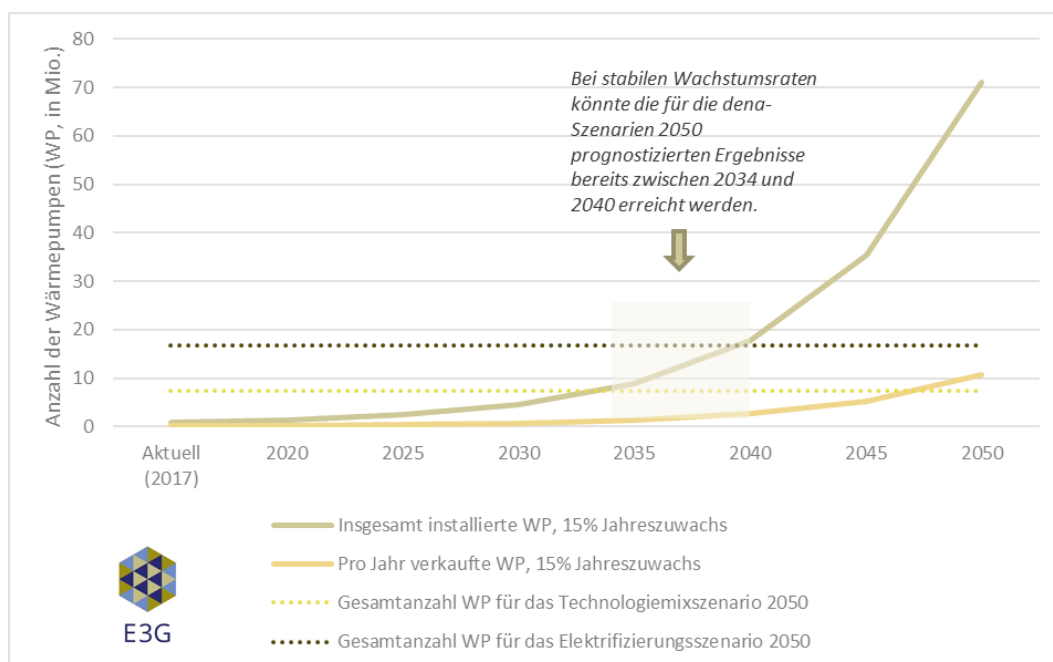
⁹ http://www.stats.ehpa.org/hp_sales/story_sales/, abgerufen am 24. Oktober 2020

¹⁰ dena (2018): *Leitstudie Integrierte Energiewende*



E3G

Abbildung 2: Hypothetische Entwicklung des deutschen Wärmepumpenmarkts bei Zugrundelegung der Wachstumsraten von 2016 und 2017¹¹



Auch wenn dies ein optimistisches Szenario ist, könnte es durch eine rasante Erhöhung der Sanierungsraten im Zuge der EU-Renovierungswelle¹², einem Kernpunkt des europäischen *Green Deal*, unterstützt werden. Dies wäre besonders relevant für Deutschland, wo ein kürzlich verabschiedetes Gesetz zur Energieeffizienzverbesserung zu geringen Ambitionen setzt und viel Potenzial unausgeschöpft lässt.

All dies wird erhebliche Auswirkungen auf die deutschen Energiebeziehungen haben. Importe fossiler Energieträger werden zurückgehen, künftige Energieimporte werden eher in Form von Strom oder grünem stattfinden; Exporte könnten Technologien und Dienstleistungen einer klimaneutralen Wirtschaft umfassen, wenn es der EU gelingt, sich neben den USA und China als Technologieführer zu behaupten.

Dabei ist es wichtig zu beachten, dass die politische und wirtschaftliche Stabilität vieler EU-Nachbarstaaten von den Einnahmen aus fossilen Brennstoffen und deren Exporten an die EU abhängt (z. B. Russland und Algerien). Gelingt es im Zuge der globalen Energiewende nicht, diesen Ländern auch durch neue

¹¹ EHPA-Daten, dena, siehe Fußnote 8 und 9.

¹² Europäische Kommission (2020): *Eine Renovierungswelle für Europa – umweltfreundliche Gebäude, mehr Arbeitsplätze und bessere Lebensbedingungen {SWD(2020) 550 final}*



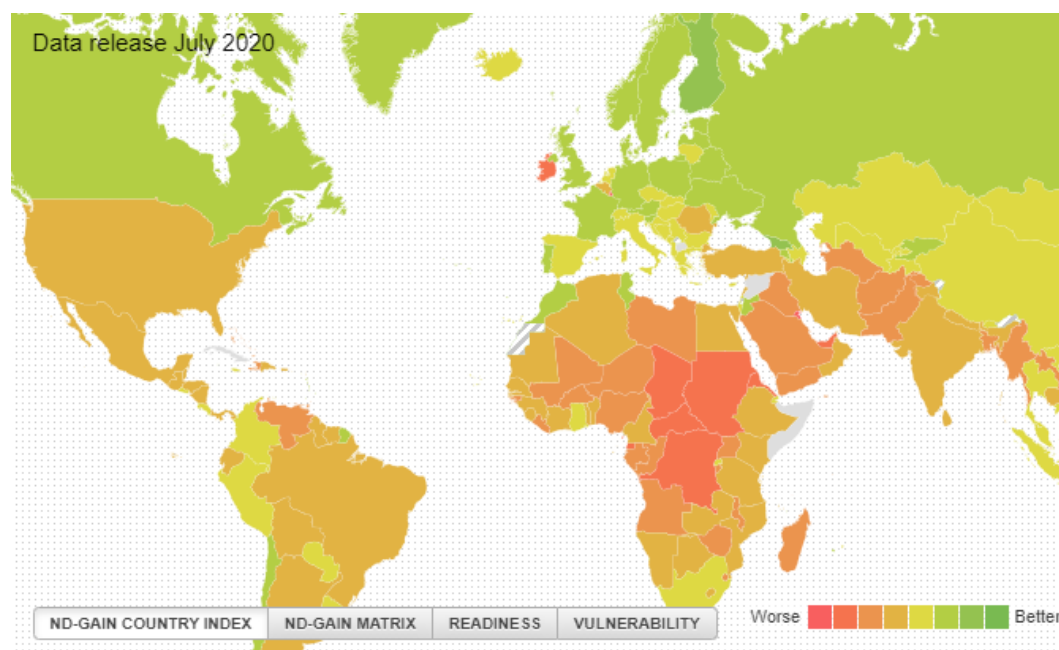
E3G

energiediplomatische Konzepte eine wirtschaftlich sinnvolle Rolle zu ermöglichen, könnte dies zu erhöhter Krisenanfälligkeit führen.¹³

Der Klimawandel beeinflusst Geopolitik und internationale Sicherheit

Die Stabilität von Staaten, deren Volkswirtschaften heute stark auf Exporten fossiler Energieträger beruhen, wird nicht nur durch eine Neuausrichtung von Energiehandelsströmen bedroht. Auch die Folgen des Klimawandels stellen eine reelle Gefahr für die Stabilität der entsprechenden Regionen und Staaten dar. So sind zum Beispiel zwei der vier wichtigsten EU-Gaslieferanten (Algerien und Katar) einem erhöhten Instabilitäts-Risiko ausgesetzt, das sich aus einer hohen Exposition gegenüber klimawandelbedingten Risiken in Kombination mit einer geringen Kapazität für Reaktionsmaßnahmen ergibt (*Abbildung 4*).

Abbildung 3: Verwundbarkeit von Ländern aufgrund des Klimawandels (ND GAIN Country Index, um BIP bereinigt, 2020)¹⁴



Dennoch investieren viele der Länder, die derzeit wirtschaftlich vom Export fossiler Brennstoffe abhängen, auch weiterhin stark in fossile Energieträger, was ihre Exposition gegenüber dem Risiko einer rückläufigen globalen Nachfrage weiter verstärkt. Schlussendlich könnte eine gefährliche Spirale entstehen, in der die Folgen des Klimawandels die Fähigkeit der betroffenen Länder, ihre

¹³ adelphi (2020): *The Geopolitics of Decarbonisation – Reshaping European Foreign Politics* [Entkarbonisierung als geopolitischer Faktor – Neuausrichtung der EU-Außenpolitik]

¹⁴ <https://gain.nd.edu/our-work/country-index/>, abgerufen am 15. Oktober 2020



E3G

Volkswirtschaften zu reformieren, einschränkt, wenn öffentliche Budgets durch die nötigen Reaktionen auf Folgeschäden des Klimawandels überlastet werden.¹⁵ Als sei dies nicht schon schlimm genug, werden die Kreditaufnahmekosten infolge des Klimawandels dramatisch ansteigen und so die diesen Ländern zur Verfügung stehenden Optionen weiter eingrenzen.¹⁶

Darüber hinaus hat sich die Rolle klimapolitischer Themen in der internationalen Politik im letzten Jahrzehnt stark gewandelt. In jüngerer Zeit haben sich Klimabelange, die sich früher den vorherrschenden geopolitischen Entwicklungen anpassen und immer hinter Themen wie Sicherheit und Handel zurückstehen mussten, zu einer treibenden Kraft entwickelt, die die Geopolitik entscheidend mitgestaltet. So brauchte es nur die Ankündigung von China, bis 2060 Klimaneutralität erreichen zu wollen (auch in Folge eines hochrangigen EU-China Energiedialoges), um ähnliche Ankündigungen von Japan und Südkorea auszulösen. Auch die Ankündigung des designierten US-Präsidenten Joe Biden, am ersten Tag seiner Präsidentschaft zum Pariser Klimaabkommen zurückkehren zu wollen sowie das Erwähnen klimapolitischer Themen in seinen ersten Gesprächen mit internationalen Staats- und Regierungschefs als designierter Präsident sind weitere Zeichen für einen politischen Sinneswandel. Bereits jetzt stehen die Auswirkungen des Klimawandels, und zwar sowohl die klimatischen als auch die klimapolitischen Folgen, in vielen Ländern der Welt im Zentrum des nationalen Interesses.

Energiediplomatische Ansätze und ihre Auswirkungen

Entscheidende Parameter für energiediplomatische Zusammenarbeit

Der derzeit von Deutschland, aber auch von anderen EU-Mitgliedsstaaten, verfolgte energiediplomatische Ansatz, der beispielsweise im 2015¹⁷ formulierten Plan zum Aufbau einer europäischen Energiediplomatie (*European Energy Diplomacy Action Plan*) festgehalten wurde, konzentriert sich auf den Handel mit vor allem Öl und Gas, um eine günstige Energieversorgung sicherzustellen. Vor diesem Hintergrund wurden unter anderem folgende Maßnahmen ergriffen:

- Öl- und Erdgasinteressen haben dazu beigetragen, dass sich die EU im Nahen Osten engagiert und im Atomstreit mit dem Iran vermittelt hat.

¹⁵ adelphi (2020): *The Geopolitics of Decarbonisation – Reshaping European Foreign Politics* [Entkarbonisierung als geopolitischer Faktor – Neuausrichtung der EU-Außenpolitik]

¹⁶ UNEP, Imperial College Business School, SOAS (2020): *Climate Change and the Cost of Capital in Developing Countries* [Klimawandel und Kapitalkosten in Entwicklungsländern]

¹⁷ EU-Außenministerrat (20. Juli 2015): *Schlussfolgerungen des Rates zur Energiediplomatie*



E3G

- Die Gasinfrastruktur bietet eine zentrale Anbindung zu zentralasiatischen Ländern, wie Georgien und Aserbaidschan, gestützt von deutscher Exportfinanzierung.¹⁸
- Die EU unterstützt die Erkundung des Erdgasvorkommens im östlichen Mittelmeer und die Entwicklung der Importinfrastrukturen über ihr PCI-Programm und mischt so bei geopolitischen Spannungen mit.¹⁹
- Das Anlegen von Gasreserven und die Errichtung zugehöriger Infrastruktur sind für die Beziehungen zwischen der EU und Algerien bzw. zwischen der EU und Ägypten von zentraler Bedeutung.²⁰
- Der mit einem Vertragswert von 15 Mrd. US-Dollar bezifferte Gas-Deal²¹, den sich der Ölkonzern Total in Mosambik für die Entwicklung von Offshore-Feldern sicherte, wird von der italienischen Exportkreditagentur und Finanzinstitutionen mit großen EU-Beteiligungen, wie der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF), gefördert.

Auch die Interessen Deutschlands und der EU haben sich über die Jahre verschoben. Die von Deutschland unterstützte „Nord Stream 2“- Pipeline würde, im Fall einer Fertigstellung, zu einer größeren Abhängigkeit der EU von russischem Erdgas führen, was den strategischen Interessen der EU zuwiderliefe.

Deutschland steht nun vor der Aufgabe, eine Energiediplomatie zu entwickeln, die sich von der aktuell noch auf fossilen Ressourcen ausgerichteten Strategie verabschiedet und die vom *Green Deal* gebotenen Chancen nutzt, um von den stark rückläufigen Kosten und wachsenden Märkten für neue Energielösungen zu profitieren und gleichzeitig für mehr langfristige geopolitische Stabilität zu sorgen. Über die Entwicklung von Szenarien lassen sich aus dieser Umstellung resultierende geopolitische Risiken einschätzen und Strategien zur Minimierung dieser Risiken entwickeln, so geschehen im Jahr 2018 durch das „Geopolitik der Energiewende 2030“-Projekt des Auswärtigen Amtes.²² Das Vorhaben bewertete anhand von vier Szenarien, wie die globale Geopolitik die Geschwindigkeit des Übergangs zur Klimaneutralität beeinflusst.

Da Klimadiplomatie und erneuerbare Energien zu eigenen geopolitischen Faktoren geworden sind, gibt es zwei entscheidende Variablen, die bestimmen,

¹⁸ Euractiv (6. März 2018): **Germany provides €1.2 billion loan for Southern Gas Corridor** [Deutschland unterstützt südlichen Gaskorridor mit 1,2-Mrd.-Euro-Darlehen]

¹⁹ Euronews (13. August 2020): **Greece to request EU Foreign Affairs Council emergency meeting amid tensions over Turkish drilling** [Griechenland fordert Sitzung des EU-Außenministerrats wegen türkischer Ölbohrungen]

²⁰ Europäische Kommission (19. November 2018): **The European Union and Algeria strengthen their energy partnership** [Europäische Union und Algerien bauen Energiepartnerschaft aus]

²¹ Reuters (17. Juli 2020): **Total signs \$14.9 billion debt financing for huge Mozambique LNG project** [Total unterzeichnet 14,9-Mrd.-US-Dollar-Finanzierung für riesiges Gasfeld in Mosambik]

²² Kerstin Westphal, Andreas Goldthau, Mai 2019: *How the Energy Transition will reshape global politics* [Wie die Energiewende die Weltpolitik verändert], Band 569, Nature, 31



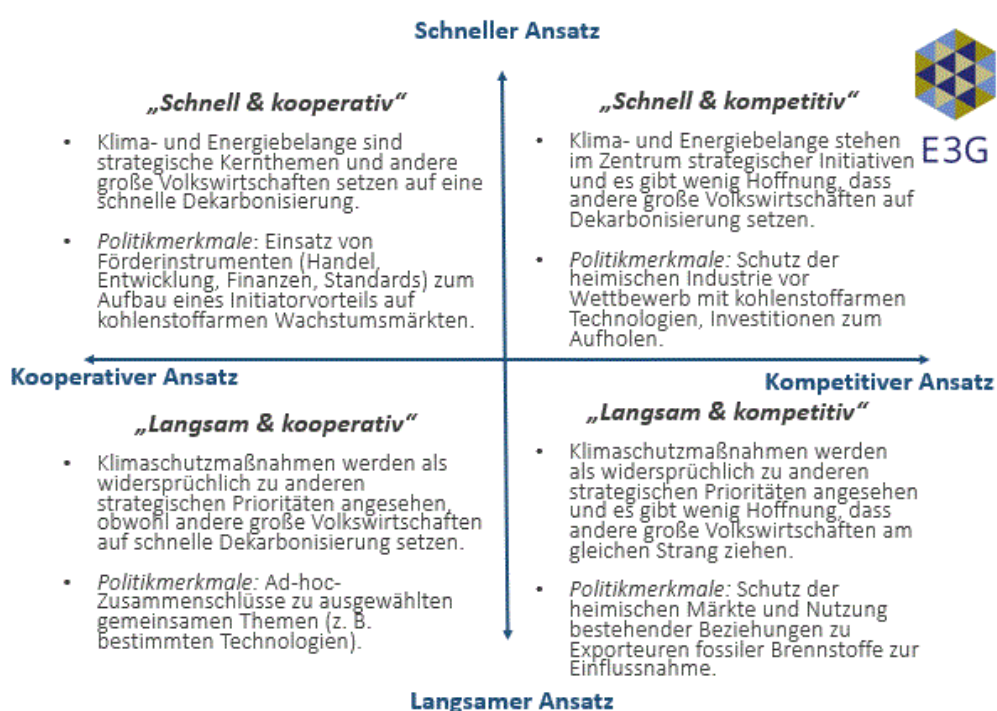
E3G

wie sich die Umstellung hin zur Klimaneutralität auf den Multilateralismus, die Position Deutschlands in der Weltwirtschaft und die Stabilität in den EU-Nachbarstaaten auswirkt:

- Die **Geschwindigkeit**, mit der die Ausrichtung auf die Ziele des europäischen *Green Deal* erfolgt: dies bemisst sich daran, inwieweit rhetorischen Bekenntnissen zum Klimaschutz auch politische Taten folgen. Dieser Aspekt wird auch dadurch beeinflusst, inwieweit bestehende Beziehungen mit Exporteuren fossiler Energien durch andere strategische Prioritäten beeinflusst werden.
- Den **Grad globaler Kooperation**, der bestimmt, inwieweit proaktives diplomatisches Handeln möglich ist: dieser wird durch grundsätzliche geopolitische Dynamiken bestimmt, die wiederum beeinflussen, inwieweit energiediplomatische Initiativen auf einem international akzeptierten Regelwerk aufbauen können – oder ob sie durch protektionistische Ansätze blockiert werden.

Hieraus ergeben sich für die Ausrichtung der europäischen Energiediplomatie an den Zielsetzungen des *Green Deal* vier mögliche Szenarien.

Abbildung 4: Vier Szenarien für die EU-Energiediplomatie



In diesem Bericht wollen wir auf zwei dieser Ansätze – „schnell & kooperativ“ sowie „langsam & kompetitiv“ – eingehen, da diese den größtmöglichen Kontrast



E3G

darstellen. Jede der Strategien ist mit eigenen Chancen und Risiken verbunden, die wir auf Grundlage der folgenden drei geopolitischen Prioritäten bewerten möchten:

- 1) Auswirkungen auf das weltweite multilaterale System
- 2) Auswirkungen auf die Position Deutschlands in einer klimafreundlichen Weltwirtschaft
- 3) Auswirkungen auf die regionale Stabilität und Sicherheit

Auswirkungen auf ein sich veränderndes multilaterales System

Bestandsaufnahme

Die ständige Gefahr einer Zuspitzung von Konflikten um Gasressourcen und -transportrouten ist ein Symptom für die Veränderungen, die das globale multilaterale und regelbasierte System durchläuft. Während der Amtszeit von Donald Trump zwischen 2016 und 2020 musste die EU auf ihren wichtigsten Verbündeten in den zentralen multilateralen Institutionen der Welt verzichten. Auch eine neue US-Regierung wird weiterhin geopolitisch schwierigem Fahrwasser bleiben und sich dort im Machtkampf mit Akteuren wie China und Russland behaupten müssen. Diese finden an ihrer Rolle als globale und regionale Mächte zunehmend Gefallen. Dies hat dazu geführt, dass sich der seit längerem zwischen den USA und China schwelende Machtkampf im aktuellen Handelskonflikt Bahn gebrochen hat. Gleichzeitig hat sich der Wettbewerb zwischen Russland und den USA über die wichtigsten Gasimportmärkte – die EU und China – intensiviert. Ausgelöst wurde diese Entwicklung durch einen Schieferöl-/Gasförderboom, durch den die USA zu einem Nettoexporteur fossiler Energieträger wurde, was den Preisdruck auf Russland erheblich verstärkt hat.

In dieser Situation kann die Energiediplomatie als Werkzeug zur Förderung der Kooperation oder als Werkzeug zur Intensivierung des Wettbewerbs zwischen Großmächten und anderen EU-Partnern dienen. Gegenüber China bietet die Klimapolitik einen möglichen Pfad der Zusammenarbeit²³, ist es der EU ja gelungen, das Thema Kohlenaustieg auf die Agenda des auf hoher Ebene zwischen der EU und China geführten Klimadialogs zu setzen.²⁴ Derweil spielen Erdgasimporte eine weiterhin wichtige Rolle in der Beziehung mit Russland, da diese im Gegensatz zum Handel mit Öl nicht unter die EU-Sanktionen fällt, die

²³ E3G und ECFR, **How the EU and China can compete and cooperate for a green future'**

²⁴ Z. B. jüngere Kooperation zu nachhaltiger Finanzierung und jüngere Mitteilung der EU nach dem EU-China-Treffen, Responsible Investor (19. Oktober 2020): **EU and China to co-chair international taskforce on sustainable finance taxonomies** [EU und China leiten gemeinsame Taskforce zu nachhaltiger Finanzierung]



E3G

dem Land aufgrund der rechtswidrigen Annexion der Krim auferlegt wurden.²⁵ Jedoch steht diese Kooperation immer stärker unter Druck:

- > Um die einheimische Dekarbonisierung zu erreichen, bedarf es einer drastischen Verringerung des Gasverbrauchs. Durch den rückläufigen EU-Markt ist es nahezu unmöglich, eine hochdiversifizierte Verteilung von Importquellen zu erreichen und dabei gleichzeitig bedeutende Handelsströme mit Russland aufrechtzuerhalten. Die Aussicht auf den Import von aus fossilen Quellen gewonnenem Wasserstoff wird genutzt, um anzudeuten, dass sich dieses Dilemma auflösen lässt.
- > Die europäischen Gaspreise sind aufgrund der steigenden US-Gasexporte gesunken. Zwar genießt die EU auf dem globalen „buyer’s market“ für Erdgas theoretisch eine hohe Marktmacht; doch unter Druck von Exportnationen wie den USA und Russland werden Investitionen in neue Gasinfrastruktur forciert, welche die Abhängigkeiten der EU weiter erhöhen und die Erreichung der Klimaziele erschweren. Dazu gehören *Nord Stream 2* und auch die Weiterentwicklung der Gasinfrastruktur in Osteuropa.²⁶ Welchen Ansatz die neue US-Regierung unter Biden wählen wird, bleibt abzuwarten.

„Schnell & kooperativ“: Chancen und Risiken

Das Szenario „schnell & kooperativ“ bietet die **Chance**, dass die EU über ihre Energiediplomatie an Einfluss gewinnt, um die Zielsetzungen des Pariser Klimaabkommens durchzusetzen. Das Pariser Klimaabkommen ist ein Eckpfeiler des Multilateralismus. Seine Zugkraft sorgt auch heute noch immer dafür, dass sich Großmächte für Gespräche zur Definition von Klimaschutzzielen, zur Erarbeitung gemeinsamer Regeln und zur Mobilisierung von Klimafinanzierung zusammenfinden. Indem die EU die Spielregeln für die weltweite Energiewende hin zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft setzt, sichert sie sich eine Rolle im sich durch die globale Energiewende verändernden multilateralen System. Der Ankündigung Chinas, sich auch als Reaktion auf das Drängen der EU zum Ziel der Klimaneutralität zu bekennen, folgten schnell ähnliche Ankündigungen aus Japan²⁷, Südafrika und Südkorea²⁸, was zeigt, dass dieser Ansatz funktionieren

²⁵ Europäische Kommission: *Restriktive Maßnahmen der EU als Reaktion auf die Krise in der Ukraine*, abgerufen am 2. November 2020

²⁶ **Resolution** des US-Kongresses für die „Three Seas Initiative“, mit der die Konnektivität in Osteuropa massiv gefördert werden soll.

²⁷ Climate Change News (26. Oktober 2020): *Japan net zero emissions pledge puts coal in the spotlight* [Japans Zusicherung von Klimaneutralität rückt Kohle ins Rampenlicht]

²⁸ Climate Change News (28. Oktober 2020): *South Korea formally commits to cutting emissions to net zero by 2050* [Südkorea will Netto-Emissionen bis 2050 auf Null reduzieren]



E3G

kann.²⁹ Der Einfluss der EU innerhalb des Systems ist hoch, beruht aber auf dem Vertrauen der anderen Parteien des Pariser Abkommens – Großmächten ebenso wie kleineren Partnern. Nur wenn die Energiediplomatie unumstößlich auf den Klimaschutz eingestimmt ist, lässt sich die Gefahr eines Vertrauensverlustes schrittweise abbauen.

Eine Möglichkeit, diese Botschaft zu senden und Partnerschaften aufzubauen, könnte die Berücksichtigung der Schlussfolgerungen der Finanzminister aus dem November 2019 sein, die „den *multilateralen Entwicklungsbanken (MDB) [empfehlen], eine verantwortungsvolle Investitionspolitik zu verfolgen und die Finanzierung von Vorhaben im Bereich fossiler Brennstoffe schrittweise einzustellen*“³⁰. Damit würde signalisiert, dass die EU bereit ist, ehrgeizige Klimaschutzziele mit finanzieller Förderung zu belohnen, damit auch die von fossilen Brennstoffen abhängigen Länder die Chance haben, von den Vorteilen umweltfreundlicher Technologien zu profitieren. Das Anbieten politischer Kooperation und einer begleitenden Finanzierung von kohlenstoffarmen Technologien kann für EU-Nachbarstaaten, wie für die Westbalkanländer, ausschlaggebend sein, da es ihnen eine Alternative zur chinesischen „Neue Seidenstraße“-Initiative (*Belt and Road, BRI*) bietet, die zudem stärker auf die Werte und Zielsetzungen der EU abgestimmt wäre.³¹ Der von der Union eingebrachte Vorschlag für einen „Wirtschafts- und Investitionsplan für den Westbalkan“ mit einem Fördervolumen von 9 Mrd. Euro, das als Konjunktur- und Konvergenzprogramm dient, ist in Kombination mit verschiedenen Richtlinien zur Umsetzung des europäischen *Green Deal* ein beispielhaft wichtiger Schritt in diese Richtung.³²

Eines der **Hauptrisiken** dieses Szenarios besteht darin, dass die dadurch beschleunigte Erreichung der gesetzten Klimaschutzziele und die zunehmende Wirtschaftlichkeit und Effizienz von erneuerbaren Energien die deutsche und EU-weite Gasnachfrage zusätzlich schwächt.³³ Dies bedeutet, dass die bestehenden diplomatischen Beziehungen zu Russland und anderen Exporteuren fossiler Brennstoffe binnen kurzer Zeit radikal transformiert werden müssen, was als konfrontative Maßnahme aufgefasst werden könnte. Unabhängig davon, wie dieses Vorgehen tatsächlich wahrgenommen wird, birgt dieses Szenario die Gefahr, dass sich im Bereich der Dekarbonisierung eine Kluft zwischen den

²⁹ Climate Change News (22. September 2020): *Xi Jinping: China will aim for carbon neutrality by 2060* [Xi Jinping: China strebt bis 2060 Klimaneutralität an]

³⁰ EU-Rat zur Klimaschutzfinanzierung: *Schlussfolgerungen des Rates zur Klimaschutzfinanzierung (8. November 2019)*

³¹ The Diplomat (2019): *How China Challenges the EU in the Western Balkans* [China fordert EU auf dem Westbalkan heraus]

³² *Pressemitteilung der Europäischen Kommission*, 6. Oktober 2020

³³ „Mehr als die Hälfte der 2019 zugebauten EE-Anlagen verursacht weniger Stromkosten als neue Kohlekraftwerke; die neuen PV- und Windenergieanlagen unterbieten sogar die günstigsten und am wenigsten nachhaltigen Kohlekraftwerke.“, IRENA (2019): *RENEWABLE POWER GENERATION COSTS IN 2019* [Kosten für Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien 2019]



E3G

Globalen Süden einerseits und OECD-Staaten und China andererseits ausbildet, wobei China bei der Anmeldung von Patenten sowie der Absicherung klimafreundlicher Technologien immer einen Schritt voraus ist.³⁴

Daraus folgt, dass Deutschland und die EU im Bereich der Entwicklung kohlenstoffarmer Energien weitreichende Kooperationen anbieten müssen, einschließlich des Transfers von kohlenstoffarmen Technologien und der finanziellen Unterstützung von Ländern, die ansonsten in fossilen Pfadabhängigkeiten verhaftet bleiben. Hierfür sind strategische Möglichkeiten der Kooperation im Bereich der kohlenstoffarmen Wirtschaft und zur Unterstützung einer regelbasierten internationalen Ordnung herauszustellen.

Langsam & kompetitiv

Der „langsame & kompetitive“ Ansatz bietet die **Chance**, den politischen Einfluss, der sich aus den bestehenden wechselseitigen Abhängigkeiten im Energiesektor ergibt, beizubehalten. So könnte man sich zunächst auf die heimische Dekarbonisierung konzentrieren und die Rolle der EU als wichtiger Gasabnehmer für andere geopolitische Belange nutzen. Diese Chance hängt jedoch im kritischen Maße davon ab, ob die Union bereit ist, diesen Einfluss angesichts der sich verschlechternden geopolitischen Bedingungen auch geltend zu machen. Dass das „Nord Stream 2“-Vorhaben trotz der Vergiftung des russischen Oppositionspolitikers Nawalny nicht auf der EU-Sanktionsliste gelandet ist, deutet an, dass dies nicht immer der Fall ist. Eine weitere Möglichkeit, den Einfluss zu nutzen und dabei den Klimaschutz voranzubringen, bestünde darin, dass die EU und Deutschland mit anderen großen Gasabnehmern (China, Japan, Südkorea) kooperieren und sich mit diesen auf gemeinsame Standards für das importierte Gas einigen, damit Leckagen von Methan reduziert werden können.³⁵ In diesem Fall wäre es wichtig, sich an Exporteure mit geringeren technischen Möglichkeiten zu wenden, um die neuen Standards schnell zu verwirklichen und so unnötigen politischen Widerstand und wirtschaftliche Probleme zu vermeiden.

Das **Risiko** dieses Szenarios liegt darin begründet, dass zu einem späteren Zeitpunkt eine abruptere Energiewende nötig ist, damit das Ziel der Klimaneutralität bis spätestens 2050 erreicht wird. Dies könnte das Vertrauen in diplomatische Bündnisse untergraben und in einigen Fällen eine konfliktfreie Energiewende erschweren, weil die Reaktionsfähigkeit der Exporteure fossiler Brennstoffe noch weiter eingeschränkt ist. Mit der marktbedingten Beschleunigung der Energiewende wäre es für die EU immer schwerer, das Tempo der Transformation zu kontrollieren. So ist die Gastransitinfrastruktur

³⁴ **Die Geopolitik der Erneuerbaren. Eine neue, aber vertrackte Energiewelt**, 22. Januar 2019, IASS

derzeit für einige Länder (z. B. Georgien, Ukraine) ein Garant für die Unterstützung und den Schutz der EU. Damit sich diese nicht politisch neu ausrichten, muss die EU neue Möglichkeiten der politischen Kooperation anbieten, z. B. im Bereich der kohlenstoffarmen Technologien. Die im August 2020³⁶ vereinbarte neue Energiepartnerschaft zwischen Deutschland und der Ukraine, die den Ausbau erneuerbarer Energien, die Einrichtung von Netzverknüpfungspunkten und den Ausstieg aus der Kohle zum Ziel hat, ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Die EU muss auch bei der Einführung des CO₂-Grenzausgleichs Augenmaß bewahren, da diese den Großteil des aktuellen Handels, der nach wie vor auf Kohle, Erdöl und Erdgas basiert, beeinflusst; so muss sie sicherstellen, dass Ländern wie der Ukraine ausreichend Unterstützung gewährt wird, damit sie den Umstieg auf eine kohlenstoffarme Wirtschaft schafft und die EU-Standards einhalten kann.

Ein weiteres Risiko unter diesem Szenario besteht in der anhaltenden EU-internen Uneinigkeit über Gasimportprojekte. Diese verhindert, dass die EU geschlossen auftritt, auch wenn dies angesichts des fragmentierten geopolitischen Umfelds dringend notwendig wäre.

Abbildung 5: Zusammenfassung der Chancen und Risiken für das multilaterale System

	Langsam & kompetitiv	Schnell & kooperativ
Chancen	Aufrechterhaltung der theoretischen Option, sich gegenüber Exporteuren auf dem Käufermarkt zu behaupten.	Stärkung des Vertrauens der EU-Partner in die Erfüllung der Pflichten der EU unter multilateralen Regelwerken.
Risiken	EU-interne Uneinigkeit zu Gasprojekten (z. B. <i>Nord Stream 2</i>) riskiert die Einheit der EU; unerwarteter Anstieg der Energiekosten kann den Einfluss der EU über eine geordnete Energiewende verringern.	Ein schneller Rückgang der Erdgasimporte könnte von den Exporteuren als konfrontativ angesehen werden.

³⁶ Germanwatch Press Release (26. August 2020): **Energiepartnerschaft mit Ukraine ist wichtiger Schritt zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens**



E3G

Auswirkungen auf die Position Deutschlands in einer klimafreundlichen Weltwirtschaft

Bestandsaufnahme

Die aktuelle Energieaußenpolitik Deutschlands zielt zu einem großen Teil darauf, günstige Energieimporte für die energieintensive Wirtschaft sicherzustellen. 37 Prozent des Energiebedarfs der Industrie (239 TWh) wurden 2018 durch Gas abgedeckt.³⁷ Insgesamt hat Deutschland 2019 Gas im Wert von 24,3 Mrd. Euro importiert.³⁸ Da Strom jedoch immer günstiger wird und die Kreislaufwirtschaft zu einer höheren Ressourceneffizienz führt, könnte die Gasnachfrage je nach Marktdurchdringung bei alternativen Gasen, wie grünem Wasserstoff, bis 2050 um bis zu 80 Prozent zurückgehen.³⁹

Da, wo noch molekularer Wasserstoff für Hochtemperaturwärme benötigt wird, dürften Pioniere der kohlenstoffarmen Technologien einen hohen Wettbewerbsdruck in Deutschland ausüben. Südeuropa bietet sich dank des hohen Potenzials erneuerbarer Energien als Industriestandort an, da sich Wasserstoff dort zu niedrigen Kosten erzeugen lässt

Derweil wachsen die Exportmärkte für die kohlenstoffarme Wirtschaft. Deutschland und die EU verfügen über starke Branchen im Bereich der erneuerbaren Energien, inklusive den Bereichen effiziente Kühlung, Wärmedämmung und Stromnetze. Diese Branchen dürften globales Wachstum verzeichnen. Der Global Wind Energy Council (GWEC) geht beispielsweise davon aus, dass in den nächsten zehn Jahren weltweit mehr als 205 GW Offshore-Windenergieleistung zugebaut werden.⁴⁰ Gemäß einer ersten Abschätzung der Folgen, die sich aus Chinas Bekenntnis zur Klimaneutralität bis 2060 ergeben, ist mit einem massiven Anstieg der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien über die nächsten 40 Jahre zu rechnen, wobei der Zubau in der PV-Branche um das 16-fache und in der Windbranche um das 9-fache zunehmen dürfte.⁴¹ Und doch waren auch 2019 noch immer über 50 Prozent der deutschen Exportfinanzierung auf fossile Energieträger ausgerichtet; seit Annahme des Pariser Klimaabkommens wurden mehr als 7 Mrd. Euro in den Gassektor investiert.⁴²

³⁷ Umweltbundesamt: *Energieverbrauch nach Energieträgern und Sektoren*

³⁸ Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle: *Erdgasstatistik*

³⁹ Umweltbundesamt: *Roadmap Gas für die Energiewende – Nachhaltiger Klimabeitrag des Gassektors*

⁴⁰ Global Wind Energy Council (2020): *GLOBAL OFFSHORE WIND REPORT 2020* [Weltweite Entwicklungen in der Offshore-Windenergie]

⁴¹ Nature (19. Oktober 2020): *How China could be carbon neutral by mid century* [Wie China 2050 klimaneutral sein kann]

⁴² <https://www.agaportal.de/en/exportkreditgarantien/grundlagen/energiesektor>, abgerufen am 2. November 2020



E3G

Um die wachsenden Märkte für sich zu nutzen, muss Deutschland – ähnlich wie andere EU-Mitgliedstaaten – seine Export- und Entwicklungsfinanzierung so ausrichten, dass die einheimische Branche für saubere Technologien davon profitiert. Die entscheidende Frage lautet, ob das Land die Weichen selbst stellen oder lieber später auf den Zug aufspringen will. Diese Entscheidung hat weitreichende Auswirkungen, auch auf den Ansatz der EU zu Patentrechten, auf die Innovationsförderung und auf die Ausgestaltung globaler Handelsstandards.

Schnell & kooperativ: Chancen und Risiken

Im schnellen und kooperativen Szenario nimmt Deutschland die Dinge in die Hand, was die **Chance** eröffnet, regulatorische, diplomatische und finanzielle Kapazitäten zu nutzen, um globale Standards für die „saubere“ Energierevolution zu setzen, die der EU dann Exportmärkte eröffnen.

Der Einfluss über Handelskooperationen lässt sich über Produktstandards kanalisieren; dies wurde in der Vergangenheit sowohl im Fertigungsbereich (z. B. zur Effizienz) als auch im Dienstleistungssektor (z. B. zu nachhaltiger Finanzierung) bereits erfolgreich umgesetzt. Im Bereich der nachhaltigen Finanzierung hat sich gezeigt, wie die EU vom Vorreiter zum Mitläufer wurde.⁴³ Deutschland könnte die Öffnung von Exportmärkten über hochrangige Energie- und Handelsdialoge mit chinesischen, indischen und afrikanischen Partnern unterstützen, um Produktstandards zu etablieren und Partnern über die Europäische Investitionsbank (EIB) oder Einrichtungen zur technischen Unterstützung, wie der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), bei der Einhaltung dieser Standards zu helfen. Gleichzeitig ist unbedingt sicherzustellen, dass die EU-Bemühungen zur Einführung des CO₂-Grenzausgleichs oder eines ähnlichen Instruments, wie Produktstandards, Teil eines breiteren Lösungsansatzes sind, der auch die Abstimmung zu Zielen, Technologien, Standards, politischen Erkenntnissen und nachhaltiger Finanzierung umfasst, damit sich klimaneutrale Industriesektoren in Partnerländern ausbilden können.⁴⁴

Die EU könnte zudem in der Aufschwungsphase nach der COVID-Pandemie innovative Ansätze nutzen, um die globale Energiewende voranzutreiben. Für die globale Zusammenarbeit im Anschluss an die Pandemie ist die Rolle des IWF und der europäischen Entwicklungshilfe neu zu definieren. Zu diesem Zweck könnte die Staatengemeinschaft vor dem Hintergrund der Umstellung auf saubere Energien die Schuldennachhaltigkeitsindikatoren überarbeiten um so das

⁴³ Sie ist eine Kooperation mit China und Kanada eingegangen.

⁴⁴ *The EU can't 'go it alone' on Border Carbon Adjustments* [Ein Alleingang der EU ist nicht möglich], Johanna Lehne, E3G, 2020



E3G

langfristig risikoärmere Profil ökologischer Investitionen gegenüber fossilen Energieträgern widerzuspiegeln.⁴⁵

Zudem eröffnet sich eine weitere günstige Gelegenheit: Für 60 Prozent der langfristigen Gasverträge der EU stehen für die nächsten fünf bis zehn Jahre Neuverhandlungen an.⁴⁶ Gelänge es der EU, diese Verträge an die neuen wirtschaftlichen Gegebenheiten mit kurzfristigeren und geringeren Volumina anzupassen, könnte sie künftig stärker auf günstigeren Grünstrom zurückgreifen.

Die **Risiken** unter diesem Szenario könnten sich daraus ergeben, dass das Wachstum auf kohlenstoffarmen Wachstumsmärkten langsamer verläuft als erwartet, insbesondere wenn große Akteure den nächsten 5-Jahres-Plan der EU oder Chinas nicht umsetzen und stattdessen weiter auf fossile Brennstoffe setzen.

Zudem entstehen möglicherweise neue geopolitische Herausforderungen. In einer unlängst veröffentlichten Foresight-Studie, die den Aktionsplan zu kritischen Rohstoffen begleitete, ging die Europäische Kommission davon aus, dass der Verbrauch von Materialien wie Silizium, Kobalt und Graphit stark ansteigen wird – im Fall von Lithium um das 60-fache⁴⁷ –, während China den Markt für seltene Erden dominiert. Es mag so wirken, als würde hier eine Abhängigkeit durch eine andere Abhängigkeit ersetzt, jedoch hat die EU mehrere Optionen, um dieses Risiko einzudämmen. So kann sie die Recyclinginfrastruktur ausbauen, um Importe kritischer Rohstoffe zu minimieren (eine Option, die bei der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen in der Regel nicht zur Verfügung steht), strategische Reserven aufzubauen und mit anderen Staaten zusammenarbeiten, die eigene Reserven seltener Erden anlegen wollen. So könnte die EU verhindern, dass China seine Marktdominanz gegenüber Wettbewerbern ausnutzt.

Unter diesem Szenario müsste Deutschland sicherstellen, dass die eigene schnelle Energiewende nicht die Dekarbonisierung anderer Länder untergräbt. Diese Situation könnte eintreten, wenn die Nachfrage nach grünem Wasserstoff – befeuert durch nachfragegesteuerte Instrumente – schnell zunimmt, aber die weltweit benötigte Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien nicht schnell genug mitwachsen kann. Der Import von grünem Wasserstoff würde in diesem Fall die Dekarbonisierung nur ins Exportland verlagern. Die Bundesregierung geht beispielsweise davon aus, dass im Jahr 2030 lediglich 13 Prozent des deutschen

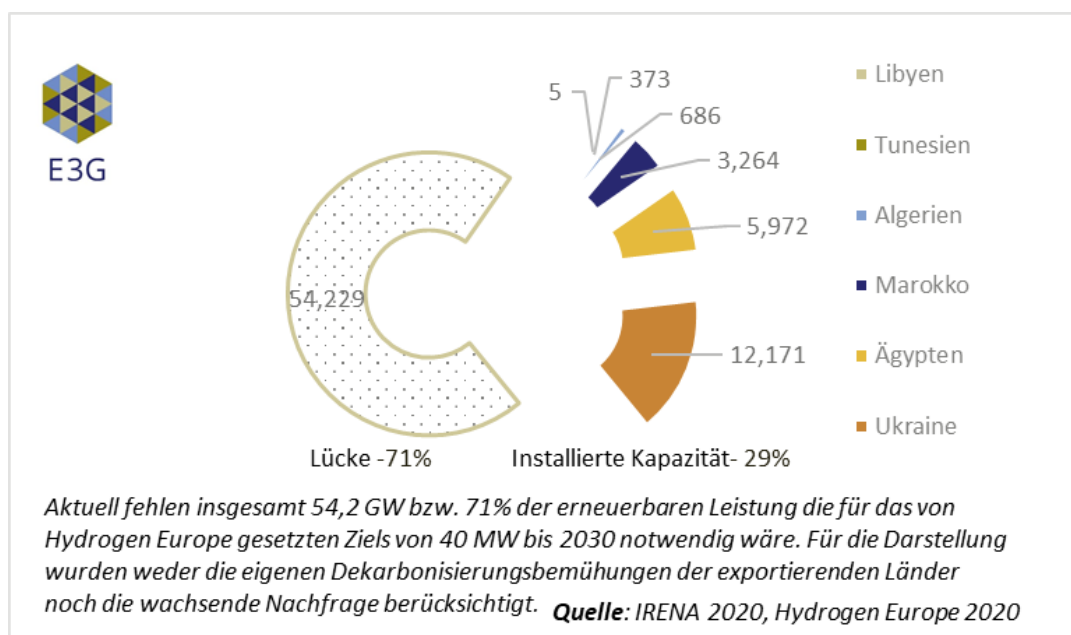
⁴⁵ Die Schuldenprobleme, mit denen Südafrika nach der Überinvestition seines Energieversorgers Eskom in fossile Brennstoffe zu kämpfen hat, könnten Einblicke in die zunehmende Verknüpfung von ökologischer und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit geben.

⁴⁶ ACER: *ACER Gas Market Monitoring Report* [ACER-Bericht zum Gasmarkt], vorgestellt anlässlich des 34. Madrider Forum, Oktober 2020

⁴⁷ Europäische Kommission (2020): *Critical Raw Materials for Strategic Technologies and Sectors in the EU - A Foresight Study* [Foresight-Studie zu kritischen Rohstoffen für strategische Technologien und Sektoren in der EU]

Wasserstoffbedarfs durch inländisch erzeugten grünen Wasserstoff gedeckt werden können. Damit die Importe nachhaltig sind, bräuchten die exportierenden Staaten eigene Kapazitäten zur Grünstromerzeugung (oder müssten diese zumindest planen), die über den nationalen Energiebedarf hinausgehen. Davon ist man noch weit entfernt: Mit Tasmanien strebt derzeit lediglich eine Region bis 2040 einen Anteil von 200 Prozent an erneuerbaren Energien an.

Abbildung 6: Kapazitäten für erneuerbare Energien (MW) im Vergleich zum europäischen Wasserstoffplan 2030



Im näheren Umfeld von Europa hat Algerien kürzlich den Zubau von 4 GW an erneuerbarer Leistung angekündigt, was einer Vervielfachung der aktuellen Kapazitäten entspricht, das Land aber längst nicht zu einem Exportmarkt für Wasserstoff macht (siehe *Abbildung 6*). Dieses Risiko lässt sich eindämmen, indem Wasserstoff in Deutschland zunächst für diejenigen Sektoren eingesetzt wird, die über wenig andere Optionen verfügen, da die flächendeckende Bereitstellung nachhaltig produzierten Wasserstoffs weltweit nicht schnell genug umsetzbar ist. Zudem sollte Deutschland sicherstellen, dass der Wasserstoffhandel nicht Bemühungen zur Dekarbonisierung der heimischen Energiemärkte von Exportländern untergräbt.

Langsam & kompetitiv: Chancen und Risiken

Ein langsames und kompetitives Szenario böte kohlenstoffintensiven Industrien, die ihre Modernisierung verschleppt haben, die **Chance**, im Energiewendeprozess aufzuholen und länger von den vorhandenen Anlagen für fossile Brennstoffe zu profitieren. Der CO₂-Grenzausgleich könnte, sofern alle der



E3G

Einführung dieses Mechanismus entgegenstehenden technischen, politischen und gesetzlichen Hürden genommen werden, dazu dienen, Wegbereiter innerhalb der EU-Industrie zu schützen und Einnahmen könnten verwendet werden, um in weitere kohlenstoffarme Innovationen zu investieren. Dies gäbe der EU, zumindest anfangs, mehr Kontrolle über das „Onshoring“ bestimmter Branchen. Es könnte der EU auch die Zeit geben, um wichtige geopolitische Abhängigkeiten der Umstellung auf saubere Energien zu regeln. Zum Beispiel sind derzeit hoch umstrittene digitale Technologien wie 5G wichtig um die zunehmend komplexen Datenprozesse in einem dezentraleren Energienetz mit aktiven Verbrauchern managen zu können.

Ein langsamerer Ansatz bei der Umstellung auf saubere Energien kann unter bestimmten Umständen zur Kostenreduktion, insbesondere im Bereich F&E, beitragen, da man Erkenntnisse von anderen übernehmen kann. Die EU hängt derzeit bei der F&E⁴⁸ zu sauberen Energien zurück, was sich durch die Krise, die die Cashflows beeinflusst, verschlimmern könnte. Der Ansatz könnte der EU aber auch die Möglichkeit geben, sich auf die Produktqualität zu konzentrieren, um sich im späteren Verlauf Marktanteile zu sichern.

Angesichts der sehr gut ausgebauten und weiter anwachsenden Infrastruktur für Gasimporte in die EU⁴⁹ könnte dieser Ansatz zur Maximierung des Werts dieser Anlagen beitragen, möglicherweise bis Wasserstoff für flächendeckende Importe zur Verfügung steht, und genug Zeit für nötige Infrastrukturanpassungen bieten. Doch die Komplexität der Umstellung auf Wasserstoff, die Eignung der bestehenden Infrastruktur für offene Quellen grünen Wasserstoffs und die nötige Anpassung der Infrastruktur sind bislang noch zu wenig erforscht.

Zu den **Risiken** dieses Szenarios gehören ein Wettbewerbsnachteil, wenn andere schneller agieren. So könnte ein Land entscheiden, seinen Wettbewerbsvorteil als Erzeuger erneuerbaren Wasserstoffs zu nutzen, um industrielle Strategien zu entwickeln und mit dem Export von grünem Stahl und zugehörigen Mehrwertprodukten zu beginnen. Soll dieses Risiko eingedämmt werden, muss die Verzögerung bei der Umstellung unbedingt genutzt werden, um hocheffiziente umweltfreundliche Lösungen zu entwickeln. Eine weitere Gefahr besteht darin, dass die EU ggf. die von anderen aufgestellten Regeln und Standards einhalten muss, statt sie selbst zu entwickeln. Erfolgt die Umstellung der deutschen Industrie und des deutschen Handels zu vorsichtig und mit einer beschleunigten Kurve im späteren Verlauf, könnte sich die EU in globalen Verhandlungen in einer geschwächten Position wiederfinden, da sie die von

⁴⁸ Europäische Kommission (2020): *Report on progress of clean energy competitiveness* {SWD(2020)953final} [Fortschrittsbericht der Wettbewerbsfähigkeit im Bereich saubere Energien]

⁴⁹ Siehe z. B. CAN Europe (2020): *EU gas infrastructure does not need more subsidies* [Keine Förderung mehr für EU-Gasinfrastruktur]



E3G

anderen Ländern, voraussichtlich von China, gesetzten Standards einhalten muss.

Einführung und Nutzung des CO₂-Grenzausgleichs sind selbst mit mehreren Risiken verbunden. Abgesehen davon, dass große technische, gesetzliche und politische Hürden zu meistern sind, besteht die Gefahr internationaler Gegenreaktionen und Handelskonflikte, wenn der Mechanismus nicht Teil eines breiter gefassten Maßnahmenpakets ist, das vorrangig auf Kooperation setzt und Partnern die Möglichkeit gibt, nötige Vorkehrungen zu treffen, um Ausgleichszahlungen zu vermeiden.

Die Gasinfrastruktur lässt sich theoretisch „maximieren“; dies würde aber dazu führen, dass weiterhin Erdgas genutzt wird, obwohl bereits günstigere – und sauberere – Alternativen verfügbar sind, was am Ende zu höheren Übergangskosten führt. Die flächendeckende Nutzung von grünem Wasserstoff lässt sich nur dann verwirklichen, wenn die Nachfrage nach Importen und das Engagement der EU zur Unterstützung des Ausbaus der erneuerbaren Energien erkennbar sind. So gibt die europäische Wasserstoffstrategie beispielsweise bis 2030 ein Ziel von 40 GW Leistung für Elektrolyseure in der Ukraine und Nordafrika vor – eine vom Interessenverband *Hydrogen Europe* entwickelte Zielmarke.⁵⁰

Hierfür ist es erforderlich, dass bis 2030 etwa 77 GW an erneuerbarer Kapazität (im Vergleich zur derzeit installierten erneuerbaren Kapazität von etwa 22 GW) zugebaut werden.⁵¹ Allein um die spätere Exportkapazität abzudecken, wäre also eine Verdreifachung der erneuerbaren Kapazitäten in diesen Ländern über die nächsten zehn Jahre nötig. Es ist unwahrscheinlich, dass dies ohne groß angelegte Förderungen durch Entwicklungsbanken zum Ausbau der erneuerbaren Energien in diesen Ländern gelingen kann.

⁵⁰ Europäische Kommission (2020): *Eine Wasserstoffstrategie für ein klimaneutrales Europa*, COM(2020) 301 final

⁵¹ Hydrogen Europe (2020): *Green Hydrogen Investment and Support Report* [Bericht zu Investitionen und Förderungen im Bereich grüner Wasserstoff], Tabelle 4



Abbildung 7: Zusammenfassung der Chancen und Risiken für die Position Deutschlands in einer kohlenstoffarmen Weltwirtschaft

	Langsam & kompetitiv	Schnell & kooperativ
Chancen	Längere Bewahrung des Exportwerts eigener fossiler Technologien; Niedrighaltung der Emissionskosten für energieintensive Branchen, um spätere Umstellung auf grüne Technologien zu ermöglichen (wenn sie wettbewerbsfähig sind).	Sicherstellung des Einflusses der EU bei der Entwicklung von Standards im Bereich saubere Energien. Vorteile aus technologischer Führung und frühzeitiger Anwendung in verschiedenen Bereichen.
Risiken	Potenzieller Verlust der Wettbewerbsfähigkeit für kohlenstoffarme Technologien und als „Regelempfänger“ geschwächte Position in globalen Handelsgesprächen.	Große Volkswirtschaften schließen sich dem Weg nicht an und chinesischer 5-Jahres-Plan enttäuscht, da das Wachstum im Bereich der sauberen Energien hinter den Erwartungen zurückbleibt.

Auswirkungen auf die Stabilität in der EU und ihren Nachbarländern

Bestandsaufnahme

Die Energiepolitik ist immer stärker mit der EU-Innenpolitik verknüpft und dient auch ihrer Außenpolitik als Instrument. Energieprojekte laufen Gefahr, im Zuge von Sanktionen für Verstöße gegen Menschenrechte (z. B. *Nord Stream 2*⁵²) stillgelegt zu werden oder territoriale Streitigkeiten (Erdgasvorkommen im östlichen Mittelmeer⁵³) auszulösen.

Die EU-Mitgliedstaaten tun sich schwer damit, einen gemeinsamen Ansatz für den Gassektor zu finden, was einer wettbewerbsfähigeren und einheitlichen EU-Außenpolitik entgegensteht. Die ohnehin zunehmend komplexere Gasstrategie wird zudem auch vom geopolitischen Machtkampf zwischen den USA und Russland beherrscht. Einnahmen aus Gasverträgen kommen hauptsächlich Ländern mit autoritären Regimes zugute, die diese auch dazu nutzen, Desinformationskampagnen⁵⁴ oder militärische Interventionen im Nahen Osten

⁵² Euronews (25. September 2020): *Navalny poisoning leaves Nord Stream 2 pipeline's fate in the balance* [Giftanschlag auf Nawalny bringt Nord Stream 2 in die Bredouille]

⁵³ Financial Times (8. September 2020): *What is at stake in the eastern Mediterranean crisis?* [Gasstreit im östlichen Mittelmeer: Was steht auf dem Spiel?]

⁵⁴ Carnegie Europe (2020): *Russia's Long-Term Campaign of Disinformation in Europe* [Russlands langfristige Desinformationskampagne in Europa]



E3G

zu finanzieren, wie Russland und der Iran in Syrien sowie der Iran und Saudi-Arabien im Jemen.

Auch China nutzt Energie als außenpolitisches Instrument, um über seine „Neue Seidenstraße“-Initiative immer mehr Einfluss auf EU-Nachbarländer, z. B. die Westbalkanstaaten, auszuüben. Über die Finanzierung strategisch wichtiger Energievorhaben trägt China oft dazu bei, dass sich die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen direkt an der Türschwelle Europas noch verstärkt.

Gemeinsame Infrastrukturprojekte und Energiebündnisse können für mehr Stabilität sorgen, doch jüngere Entwicklungen belegen, dass die Kosten in wirtschaftlichem und diplomatischem Kapital in Gasvorhaben schnell ausufern können, was mit Vorsicht zu beobachten ist. Die Energiewende bietet neue Möglichkeiten zur Zusammenarbeit, beispielsweise im Bereich der Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung (HGÜ)⁵⁵, die sowohl aus ökologischer Sicht als auch im Hinblick auf Stabilität nachhaltigere Lösungen bieten.

Schnell & kooperativ: Chancen und Risiken

Zu den **Chancen** einer schnellen und kooperativen Strategie gehört es, dass die Klimaauswirkungen, die bereits jetzt in der EU und ihren Nachbarländern deutlich zunehmen, besser beherrschbar sind. Damit dies gelingt, wird die EU ihre globale Analyse der strategischen klimabezogenen Risiken ausbauen müssen. Deutschland hat die Klimasicherheit als Thema auf Ebene der Vereinten Nationen etabliert und sollte sich nun daran machen, eine zugehörige Risikoanalyse zu entwickeln und in die Kooperation mit seinen Nachbarn einzubinden – sei es in Bezug auf Risiken im Zusammenhang mit der Lebensmittelversorgung, der Verbreitung von Krankheiten oder der gesundheitlichen Folgen durch Hitzewellen. Diese Arbeit ist von einem Netzwerk aus Klima- und Energiediplomaten zu stützen, die die aus der Klima- und Energiediplomatie resultierenden Synergien für ihre Botschaften nutzen.

Diese diplomatischen Ressourcen können dann zum Aufbau neuer Partnerschaften dienen, die für kohlenstoffarme Lieferketten und Entwicklungsmärkte von zentraler Bedeutung sind. Dies ließe sich beispielsweise über technische Kooperationen und eigene, wettbewerbsorientierte Fonds zur Begleitung der Konnektivitätsstrategie der EU⁵⁶ realisieren. Hier könnten die Reduktion der Nettoemissionen auf Null als Bedingung formuliert oder attraktivere Finanzierungsbedingungen je nach Zielsetzung vorgesehen werden.

⁵⁵ *What does the future hold, pipelines or cables?* [Pipelines oder Kabel: Was hält die Zukunft bereit?], Mehmet Ögütçü und Julian Popov, 6. Juli 2015

⁵⁶ Europäische Kommission (2018): *Förderung der Konnektivität zwischen Europa und Asien – Elemente einer EU-Strategie*, JOIN(2018) 31 final



E3G

Damit würde man nicht nur deutsches Fachwissen exportieren, sondern auch Arbeitsplätze schaffen und den Wohlstand in den Zielregionen erhöhen, was vor Ort zu mehr Stabilität führt. Die Entkopplung des Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstums von der Energienutzung durch die Förderung der Energieeffizienz und Kühlleistung führt dazu, dass Energie in benachbarten Regionen, wo sie sonst einen wesentlichen Anteil des öffentlichen Haushalts und der privaten Haushaltskosten ausmacht, erschwinglicher wird. Effiziente Kühlung ist Voraussetzung für landwirtschaftliche Exporte und Versorgung mit Medizinbedarf und daher für viele EU-Nachbarstaaten von Interesse (z. B. für die Türkei und Marokko als wichtige Agrarexporteure), hilft aber auch dabei, dass sich EU-Nachbarländer selbst den veränderten klimatischen Bedingungen anpassen. Die Erfahrung mit einem großen Fernkältenetz in MENA-Staaten macht Deutschland zu einem wichtigen Wissenstransfer- und Geschäftspartner. EU-Mitgliedstaaten, wie Dänemark, Frankreich und Italien, haben den Wert nachhaltiger Kühlung für die weltweite Energiewende bereits erkannt; Dänemark, Frankreich, Spanien, Ungarn, Belgien und Polen sind Mitglied der vom UN-Umweltprogramm eingerichteten *Cool Coalition*⁵⁷.

Leuchtturmprojekte, wie das Offshore-Netz in der Nordsee, können wichtige Erkenntnisse für ähnliche Projekte im Schwarzen Meer und in der Adria mit sich bringen und Westbalkanstaaten, aber auch Georgien, die Türkei oder die Ukraine, einbinden. Das GIZ und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) könnten bei der Einrichtung einer Projektpipeline mit technischer Unterstützung und frühzeitiger Konzeptfinanzierung eine wichtige Rolle einnehmen. Die Kooperation mit Initiativen, wie dem indischen „One Sun, One World, One Grid“-Programm, das ein einzelnes weltweit vernetztes Stromnetz erschaffen will, bietet Möglichkeiten, die europäische Technologieführerschaft im Bereich der HGÜ auszubauen⁵⁸.

Die Auswirkungen auf die regionale Stabilität hinsichtlich der Exporteure fossiler Brennstoffe und Transitländer gestalten sich komplexer. Die sich hieraus ergebende Chance beruht darauf, dass die derzeitige Einmischung der USA und Russlands in EU-interne Angelegenheiten, die unter anderem aus dem Machtkampf über den rückläufigen EU-Gasmarkt resultiert, zugunsten einer Ausrichtung auf andere Exportmärkte abnehmen kann. Diese Einnahmeverluste aus Gasimporten werden langfristig auch Russlands Fähigkeit zur Finanzierung militärischer Interventionen in der EU-Nachbarschaft, die eine wichtige Ursache für Instabilität darstellen, verringern.

Das mit diesem Szenario verbundene **Risiko** ergibt sich vorrangig aus der Möglichkeit, dass eine schnelle Verringerung der Importe fossiler Brennstoffe die

⁵⁷ <https://coolcoalition.org/about/history/>

⁵⁸ IEEFA India (12. Juni 2020): *Prime Minister Narendra Modi's new 'One Sun One World One Grid' vision positive* [Premierminister Narendra Modi präsentiert neue OSOWOG-Initiative]



E3G

exportierenden Länder kurzfristig destabilisieren könnte, da der Staatshaushalt in Algerien und Russland beispielsweise stark von den zugehörigen Einnahmen abhängt. Beide Länder benötigen diese Gelder, um den Wohnungsbau subventionieren, Mitarbeiter im öffentlichen Sektor beschäftigen und Energiekosten begleichen zu können.

Darüber hinaus könnten einige Länder versuchen, noch mehr ihrer letzten Ressourcen auf den Markt zu bringen, um diese Ergebnisse zu vermeiden, was zu Disharmonie innerhalb der EU führt und die Klimaschutzbestrebungen ausbremst. Um die mit diesem Ansatz verbundenen Risiken abmildern zu können, müsste die EU in der Energiediplomatie unbedingt geschlossen auftreten und neue globale Partnerschaften aufbauen, damit sie ein starkes Gegengewicht zu den immer flüchtigeren bestehenden Beziehungen mit Exporteuren fossiler Brennstoffe bildet.

Langsam & kompetitiv: Chancen und Risiken

Die wichtigste **Chance** eines langsamen und kompetitiven Ansatzes besteht darin, dass sich die kurzfristige Eskalation der Konfrontation mit bestehenden Gaslieferanten vermeiden lässt. Die so gewonnene Zeit lässt sich nutzen, um die derzeit fehlenden Strategien zur Kooperation mit den Exporteuren fossiler Brennstoffe im Rahmen der Umstellung zu entwickeln.

Diese Strategien sind nötig, um das **Risiko** einer ungeordneten Energiewende zu vermeiden, wenn später stärkere Emissionsreduktionen nötig sind, um spätestens bis 2050 das gesetzte Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Dies führt wahrscheinlich zu einer Eskalation, wenn sich die klimatischen Auswirkungen aufgrund der langsameren Dekarbonisierung erheblich verschlechtert haben, was die Resilienz der nicht mitziehenden Länder weiter verringert.

Wichtig ist auch, hervorzuheben, dass dieser Ansatz bislang eher ineffektiv war. Die EU hat sich schwergetan, eine umfassende Antwort darauf zu finden, dass die Türkei in Bezug auf das Erdgasvorkommen im östlichen Mittelmeer die internationalen Regeln missachtet.⁵⁹ Auch wenn der Konflikt zwischen Griechenland/Zypern und der Türkei bereits vor den aktuellen Spannungen bestand, ließen gerade die Entdeckung und Entwicklung der Gasfelder in zypriotischen Gewässern die Lage eskalieren. Und durch das aktuelle Vorgehen der EU, d. h. die Aufnahme der vorgeschlagenen Mittelmeerpipeline für den Gastransport zum europäischen Markt in die Liste der gemeinsamen Interessen im Zuge der Energieinfrastrukturplanung, ist sie Partei eines Konflikts geworden, in dem sie darum kämpft, ihre Interessen zu verteidigen.

⁵⁹ <https://carnegieeurope.eu/2020/07/30/new-power-struggles-in-mediterranean-pub-82403>

Ein weiteres Beispiel ist die Reaktion von Deutschland auf den Druck aus den USA und Russland, weitere Importinfrastrukturen, wie *Nord Stream 2* und LNG-Terminals zu bauen.⁶⁰ Das Projekt *Nord Stream 2* ist mit bisher nie da gewesenen US-Sanktionen und Protesten europäischer Partner konfrontiert und hat Deutschland viel diplomatisches Kapital gekostet. Dass Deutschlands den USA anbot, bis zu eine Mrd. Euro in den Bau zweier LNG-Terminals zu investieren, um im Gegenzug die Aufhebung der Sanktionen gegen *Nord Stream 2* zu erreichen⁶¹, zeigt, dass Deutschland unter der aktuellen Strategie die guten Alternativen ausgehen.

Abbildung 8: Zusammenfassung der Chancen und Risiken für Stabilität in den EU-Nachbarländern

	Langsam & kompetitiv	Schnell & kooperativ
Chancen	Vermeidung langfristiger Destabilisierung bezüglich Partnerschaften mit Exporteuren fossiler Brennstoffe.	Bessere Möglichkeiten für globale Bündnisse. Stabilität durch Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen und den Wohlstand und die Resilienz steigern.
Risiken	Beschleunigtes Eintreten klimabezogener Sicherheitsrisiken in Verbindung mit dem Bedarf, die Importe fossiler Brennstoffe später noch schneller zurückzufahren.	Ggf. kurzfristig erhöhte externe Interferenzen angesichts der Interessen der USA und Russlands am EU-Markt.

⁶⁰ Wilhelmshaven, Brunsbüttel, Rostock, Stade

⁶¹ Financial Time: **Germany offered €1bn for gas terminals in exchange for US lifting NS2 sanctions** [Deutschland bietet 1 Mrd. Euro für LNG-Terminals im Austausch für die Aufhebung der NS2-Sanktionen], 16. September 2020



E3G

Drei Schritte in Richtung einer aktiven und anpassungsfähigen Energiediplomatie

Im Zuge einer überarbeiteten Energieaußenpolitik braucht Deutschland die Kapazitäten, Partnerschaften und Bündnissen, mit denen das Land auf geopolitische Entwicklungen hin zu mehr Kooperation oder Wettbewerb reagieren und die zugehörigen Chancen und Risiken beherrschen kann. Es wird vor allem erforderlich sein, dass Deutschland seine Politik besser mit seinen EU-Partnern abstimmt, um den globalen Einfluss der EU als Regulierungsmacht nutzen zu können. Dafür wird das Land in Abstimmung und Kooperation mit allen Partnern in der EU einen Katalog an energiediplomatischen Werkzeugen entwickeln müssen, mit denen sich der *Green Deal* umsetzen lässt.

Um eine anpassungsfähige Energiediplomatie zu entwickeln, die verschiedene geopolitische Szenarien abfedert und den europäischen *Green Deal* voranbringt, müssen Deutschland und die EU die folgenden drei Maßnahmen ergreifen. Diese können je nach gewählter Geschwindigkeit in unterschiedlicher Priorisierung/chronologischer Reihenfolge ergriffen werden, sind jedoch alle für den Erfolg entscheidende Faktoren:

Entwicklung institutioneller Kapazitäten

Die institutionellen Kapazitäten der europäischen und deutschen Energiediplomatie müssen im Licht des *Green Deal* neu ausgerichtet und gestärkt werden:

- > Eine überarbeitete Energiediplomatie sollte die Klimaneutralität bis spätestens 2050 untermauern und auch aktiv bewerben. Hierfür sind allgemeine Grundsätze zu erarbeiten, um sicherzustellen, dass alle EU-Mitgliedstaaten über eine konsistente, transparente und souveräne Energiediplomatie verfügen. Die Erarbeitung regelmäßiger Überprüfungen des energiediplomatischen Ansatzes, einschließlich der Bemühungen aller Mitgliedstaaten, ist im Rahmen eines Berichts zur Lage der Energieunion oder eines Foresight-Berichts zu erstellen und muss in die umfassendere Bewertung des Zustands der Union einfließen.
- > Verankerung der Energiediplomatie als Teil des „Green Deal Diplomacy“-Teams zur Einbindung eines breiten Spektrums an nötigen Fähigkeiten. Dieses neu zu gründende Team ist in Botschaften und Missionen weltweit einzubinden. Seine Mitglieder sollten auf Basis der integrierten Klima- und Energiesicherheitsbewertung der EU-Nachbarstaaten handeln und Lösungen dazu erarbeiten, wie die Energiepolitik zur Verringerung der Risiken, z. B. durch Investitionen in effiziente Kühlung, beitragen kann.
- > Identifizierung strategischer kohlenstoffarmer Lieferketten als Grundlage für eine tiefgehende globale Kooperation. Dies könnte die Form von formalen Partnerschaften im Bereich der sauberen Energie annehmen,



E3G

die den Technologietransfer, die Unterstützung bei der Einhaltung der EU Standards und den Ausbau neuer Ressourcen abdecken.

Gründung neuer Energiebündnisse

Um belastbare Partnerschaften aufzubauen und die globale Kluft im Bereich kohlenstoffarme Technologien zu überwinden braucht die EU neue und überarbeitete Energie- und Klimabündnisse.

- > Bewertung der Entwicklungen der externen EU-Infrastruktur vor dem Hintergrund der Klimaneutralität. Vermeidung der Begrenzung künftiger Optionen durch weitergehende Vertiefung von Projekten/Beziehungen mit Exporteuren fossiler Brennstoffe. Stattdessen Prüfung bestehender Pläne zur Erweiterung fossiler Infrastrukturen, wie Nord Stream 2 und Erkundungen im östlichen Mittelmeer, sowie Fokus auf die Entwicklung neuer Möglichkeiten und Alternativen, die den Einfluss der EU durch Kooperation im Bereich saubere Energien langfristig stärken.
- > Engagement für Initiativen, die an den Zielsetzungen des europäischen Green Deal ausgerichtet sind, und in denen auch Möglichkeiten für die Entwicklung und den Einsatz von europäischer Technologien bestehen, wie dem „One Sun, One World, One Grid“-Programm (OSOWOG) Indiens.⁶²
- > Nutzung des hochrangigen Klimadialogs zwischen der EU und China und des geplanten Gipfels, um die anhaltenden Investitionen Chinas in neue fossile Energieinfrastrukturen anzusprechen und einen gemeinsamen Plan zum Ausstieg aus fossilen Brennstoffen zu entwickeln, der ein zeitnahes Ende der Kohlekraftwerke und Kohlekooperation, die Aufgabe von Exportfinanzierungen für fossile Infrastrukturen und die Eindämmung der Methanemissionen durch Gasimporte abdeckt.
- > Aufnahme strategischer Gespräche mit Exporteuren fossiler Brennstoffe (z. B. Algerien) über eine Energiewende, die in einer Welt, in der die Nachfrage nach fossilen Brennstoffen zurückgeht, Stabilität verspricht, wobei gemäß dem Pariser Klimaabkommen verschiedene Szenarien je nach Geschwindigkeit der Umsetzung der Energiewende zugrunde gelegt werden. Dies könnte auf der EU-Führungsstärke aufbauen, indem Pläne für einen Ausstieg aus der eigenen Produktion fossiler Brennstoffe erarbeitet und durch ein EU-Subventionsangebot (z. B. ähnlich zur Erweiterung der „Coal Regions in Transition Plattform“ für die Ukraine und die Westbalkanstaaten) ergänzt werden. Dies könnte bilaterale Gespräche umfassen, bei denen man sich über die Erfahrungen bei der Beseitigung von Barrieren für die Energiewende in stark von fossilen

⁶² <https://reneweconomy.com.au/the-one-sun-one-world-one-grid-vision-from-indias-narendra-modi-80390/>



E3G

Brennstoffen abhängigen Regionen austauscht, sowie Engagement für die Projektion und Neustrukturierung der Staatseinnahmen in einer Welt, in der die Erderwärmung auf 1,5°C begrenzt ist, und die Herausstellung von Chancen für künftigen Handel und künftige Kooperation. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) könnte mit ihrer starken Expertise bei wirtschaftlichen Übergangsprozessen zu einem strategischen Partner werden.

- > Diplomatische Beziehungen können auf der Arbeit der „Powering Past Coal Alliance“ basieren und diese ergänzen. Dieses vom Vereinigten Königreich und Kanada geleitete Bündnis, wo auch Deutschland Mitglied ist, kann den erfolgreichen Umstieg von Kohle auf Erneuerbare unterstützen, um einen Umstieg auf Erdgas zu verhindern.

Strategischer Einsatz staatlicher Gelder und öffentlicher Instrumente

Öffentliche Instrumente und Gelder können strategisch für einen geordneten Übergang zu Klimaneutralität und zur Entwicklung einer globalen Wirtschaftskooperation in sauberen Energietechnologien eingesetzt werden.

- > Entwicklung von Instrumenten, die ein „Wettrennen“ im Bereich der Dekarbonisierung auslösen, z. B. Entwicklung eines wettbewerbsorientierten Fonds für Projekte, die die Konnektivitätsstrategie der EU unterstützen: Je höher die Klimaleistung, desto höher der Anteil der Vorzugsfinanzierung.
- > Weltweiter Aufbau von Resilienz gegenüber dem Klimawandel, durch Priorisierung intelligenter und nachhaltiger Energiesysteme im Zuge der Entwicklung von Konjunkturpaketen und Mechanismen zur Schuldenumstrukturierung.
- > Mögliche Zusammenarbeit der EU mit öffentlichen Finanzinstitutionen (Entwicklungsbanken, Exportkreditagenturen) und dem Network for Greening Financial Systems zur Entwicklung von Finanzinstrumenten, mit denen sich die Staatsfinanzen so umstrukturieren lassen, dass die steuerliche Belastung für Preisaufschläge bei fossilen Brennstoffen (z. B. für Erzeuger fossiler Brennstoffe) verringert werden.
- > Entwicklung eines klaren, am Pariser Klimaabkommen orientierten Zeitplans zur schrittweisen Abschaffung der Subventionen und Unterstützungsmaßnahmen für fossile Brennstoffe durch Exportkreditagenturen und Entwicklungsfinanzierungseinrichtungen . Deutschland kann hier aufgrund seiner zentralen Rolle in der EU sicherstellen, dass die Finanzmittel stattdessen gezielt genutzt werden, um den Exportmarkt für saubere Energien auszubauen und um Exporteuren fossiler Brennstoffe einen geordneten Übergang in Richtung neuer, am Pariser Klimaabkommen orientierter Staatseinnahmen zu ermöglichen. Dabei sollte die KfW ihren Ansatz aktualisieren, um



E3G

sicherzustellen, dass die europäischen Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen die gleichen Prioritäten setzen.

- > In kompetitiven Szenarien steigt die Bedeutung von CO₂-Ausgleichsmechanismen und anderen alternativen Instrumenten, wie Produktstandards. Um zu verhindern, dass dies den Wettbewerb noch zusätzlich befeuert, sind Kooperationsbemühungen noch wichtiger. Die Ausweitung solcher Instrumente auch auf Methanemissionen könnte dafür sorgen, dass sie auch die spezifischen Herausforderungen, die sich aus der Nutzung von Erdgas ergeben, adressieren können.⁶³

⁶³ E3G (2020): *Navigating the politics of Border Carbon Adjustments*